BUD / Motion GRÜNE-Fraktion vom 14. Februar 2022

St.Galler Solaroffensive: Solarpflicht auf Bestandesbauten

Antrag der Regierung vom 22. März 2022

Nichteintreten.

Begründung:

Das Motionsbegehren zielt im Grundsatz auf eine Pflicht, geeignete Dach- und Fassadenflächen bestehender Gebäude bei einer umfassenden Sanierung, spätestens jedoch im Jahr 2035 mit Fotovoltaik (PV) oder Solarthermie auszurüsten.

Die geforderte Nutzung von Dach- und Fassadenflächen bestehender Gebäude ist aus fachlicher Sicht zielführend und entspricht inhaltlich weitgehend der Zielsetzung des St.Galler Energiekonzepts 2021–2030 (40.20.05). Namentlich die Massnahme «Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien steigern – auch für bestehende Bauten» (SG-7) strebt an, die Produktion von Strom auf, am und im Haus so weit zu erhöhen, dass St.Gallerinnen und St.Galler den benötigten Strom mehrheitlich selber produzieren. Ähnlich deutlich bringt es das Zielbild der Massnahme «Solarstromproduktion auf grossen Flächen ausbauen» (SG-14) zum Ausdruck: Die Stromproduktion auf oder am eigenen Gebäude gehört im Jahr 2030 zum Standard. Sanierungen werden als beste Gelegenheit für eine Installation einer PV-Anlage genutzt, sinngemäss bedeutet dies, dass keine Gebäudesanierung ohne Offerte für eine PV-Anlage durchgeführt wird.

Die Regierung setzt bei der Umsetzung des Energiekonzepts 2021–2030 wohlüberlegt auf Freiwilligkeit, Solidarität und Kooperation. Der Handlungsbedarf ist unbestritten und gross. Damit die Ziele erreicht werden, bedarf es auch des Handelns einer Mehrheit von Bevölkerung und Wirtschaft. Freiwilligkeit ist die Grundlage für Kooperation und lässt Raum für die Nutzung individueller Handlungsmöglichkeiten. Darüber hinaus fördert Freiwilligkeit die Eigeninitiative, während Zwänge und Verbote diese erheblich senken können.

Die Risiken der Energieversorgung haben sich in den letzten rund zwölf Monaten zugespitzt. Die Regierung erachtet es jedoch als verfrüht, den verhaltensökonomischen Ansatz bei der Produktion von Strom auf oder an bestehenden Bauten aufzugeben. Sie zählt zudem darauf, dass infolge der Preissteigerungen für Elektrizität die Möglichkeiten zur Produktion des Eigenbedarfs an Strom mit PV-Anlagen, aber auch die Möglichkeiten zu Einsparungen beim Stromverbrauch vermehrt genutzt werden und beispielsweise elektrische Widerstandsheizungen oder die öffentliche Beleuchtung durch deutlich sparsamere Techniken ersetzt werden.